

die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung (seit 1. Januar 1906) und an die Möglichkeit der Durchführung der Tarifbeschlüsse.

Diese Möglichkeit der Durchführung wird auf Grund der bisherigen Erfahrungen entschieden bestritten. Man habe die letzte zehnprozentige Lohnerhöhung nicht so wie in anderen Industrien auf die Auftraggeber abwälzen können, und es sei dies im Buchdruckgewerbe überhaupt nicht möglich: ob mit oder ohne Preistarif! Die Wirkung der Belastung müsse im wesentlichen auf den Arbeitgeber zurückfallen, und das bedeute für zahlreiche kleine Betriebe, die heute schon um ihre Existenz ringen, den Ruin. Bezeichnend ist der Hinweis auf einen Ausspruch des bekannten Gewerkschaftsführers von Elm über die Urteilsfähigkeit der Massen, die hinter den Forderungen stehen: »Man dichtet den Massen Tugenden an, die sie gar nicht besitzen. Vor allem fehlt ihnen die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse.«

Auch die Deutsche Buchdruckerzeitung schließt sich den Ausführungen des offiziellen Organs rückhaltlos an und vermischt an den Gehilfenforderungen jede Rücksicht auf die Lage des Gewerbes. Von dieser Seite wird weiter der Wunsch ausgesprochen, der Buchdruckerverein möge nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern bald ebenfalls mit festumrissenen Forderungen hervortreten. Nicht jeder neue Tarifvertrag darf der Gehilfenschaft allein Vorteile bringen. Die Prinzipale dürfen nicht zuwarten, bis die Gehilfen mit ihren Wünschen an sie herantreten, dürfen sich nicht damit begnügen, alsdann hier und da einen Abstrich zu machen, sondern sie müssen Programm gegen Programm, Wunschzettel gegen Wunschzettel setzen, selbst fordern, aber nicht nur bewilligen.

An genügendem Stoff für einen solchen Wunschzettel der Prinzipale dürfte es nicht mangeln. Die öffentliche Kritik, zu der die Tarifverhältnisse des Buchdruckgewerbes in den letzten Jahren vielfach Veranlassung gegeben haben, bietet reichliche Vorschläge. Wenn auch die maßgebenden Stellen es sich angelegen sein ließen, den angegriffenen Tarifapparat in jedem Falle in Schutz zu nehmen, so gibt es dennoch viele Zeichen, die darauf hindeuten, daß die Buchdruckereibesitzer zuweilen recht schwer unter den Fesseln des Tarifs zu leiden haben.

Die Behauptung, daß der Tarif und die sich darauf stützende Taktik der organisierten Gehilfen die Leistung des einzelnen tunlichst einzuschränken suche und darauf hinarbeite, die volle Ausnutzung der technischen (maschinellen) Neuerungen zu hemmen, ist ebenso oft ausgesprochen wie bestritten worden. Jetzt kommen uns aus maßgebender Quelle (Zeitschrift f. d. B., Nr. 21, 1911, 14. März) bewegliche Klagen über die künstliche Arbeitshemmung in den Maschinenfälen zu. Es heißt dort: »Die Wahrheit ist: Zwischen der Geschäftsleitung und den Maschinenmeistern herrscht ein beständiger Kampf um die Ausnutzung der Druckmaschinen. Dem Bestreben der Geschäftsleitung, die teure Maschinenanlage nutzbringend zu verwerten, stellt der Maschinenmeister und als treibende Kraft hinter ihm die Vereinigung seiner Kollegen das System einer Arbeitsweise entgegen, die die Ausnutzungsmöglichkeit der Maschine um ein bedeutendes einschränkt.« An derselben Stelle wird gesagt, daß der Unternehmer vielfach bestrebt ist, den durch die Erfüllung tariflicher Pflichten geschmälernten Verdienst durch technische Vervollkommen seiner Maschinen auszugleichen. »Und was geschieht nun? Der Maschinenmeister hemmt durch seine Arbeitsweise die ganze Produktion, erschwert den ganzen Betrieb, läßt kein flottes Arbeiten aufkommen. Wie ein Koloss legt er sich dem Geist der Zeit in den Weg, läßt alle Wellen des

Scharfsinns an sich brechen. So erfüllt der Arbeiter seine Pflicht.«

Nach dieser Richtung hin, im Geiste der Zeit, im Sinne des technischen Fortschritts und der gesteigerten Leistungsfähigkeit wird der Tarif revidiert werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden aber die Buchdruckereibesitzer selbst ihren zünftlerischen Ideen entsagen, sie werden den bisher vertretenen längst überwundenen wirtschaftlichen Standpunkt ihrer Großväter verlassen müssen, die im Jahre 1848 noch dazu auffordern konnten, »für die Erzeugnisse der Hand- und der Schnellpressen gleiche Preise zu stellen«.

Alle Wetterzeichen scheinen auf Sturm zu deuten; zum mindesten werden die Gegensätze hart aufeinanderprallen. Ohne Zweifel ist das Verhalten der Gehilfenschaft nicht unbeeinflusst durch die Vorgänge im Buchdruckgewerbe Belgiens, Englands und Finnlands, und ihr Kampfesmut gefestigt durch die wohlgefüllte Kriegskasse der deutschen Organisation.

Der deutsche Buchhandel kann nur aufrichtig wünschen, daß es den mit hoher Verantwortung belasteten beiderseitigen Führern gelingen möge, einen Weg zu finden, der beiden Parteien gleichmäßigen Einfluß und das erforderliche Maß von Bewegungsfreiheit sichert, um im wirtschaftlichen Kampfe an einer gesunden Fortentwicklung des Buchdruckgewerbes gemeinsam und erfolgreich zu arbeiten.

A. J. M.

Der Bahnhofsbuchhandel

in den

Verhandlungen des Reichstags vom 28. März 1911.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner 157. Sitzung vom 28. März 1911 bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Verwaltung der Reichseisenbahnen u. a. auch mit der auf den Bahnhöfen der Reichseisenbahnen geübten Pressensur und der Stellungnahme des Bahnhofsbuchhandels zur Schund- und Schmutzliteratur. Wir geben aus dieser Sitzung die nachstehenden Ausführungen als für den Buchhandel von Interesse wieder:

Abg. **Carstens:** Ich komme sodann mit einigen Worten auf die Pressensur, die auf den Bahnhöfen der Reichseisenbahnen und auf den Bahnen überhaupt bedauerlicherweise immer noch geübt wird. Der Herr Chef der Reichseisenbahnverwaltung steht auf dem Standpunkte, daß man staatsfeindliche und unsittliche Lektüre verbieten müsse. Wir tragen seinem Standpunkt insofern Rechnung, als wir ohne weiteres anerkennen, daß die Schundliteratur — etwa *Red Carter* und *Sherlock Holmes*-Sachen — von den Bahnhöfen zu entfernen ist. Weiterhin ist aber doch die Frage, was denn staatsfeindlich und unsittlich sei, sehr dehnbar.

(Zustimmung links.)

Als Fürst Bülow im Jahre 1909 nach dem Scheitern der Reichsfinanzreform erklärte, daß die Herren des schwarz-blauen Blocks den Interessen des Vaterlandes nicht gedient hätten, da hätte man demgemäß ja zu der Meinung kommen können, daß die Presse dieses Blocks nunmehr als staatsfeindlich auf den Bahnhöfen der Reichseisenbahngemeinschaft zu verbieten sei.

(Sehr gut! links.)

Und wenn demnächst einmal ein strammkonservativer Herr Minister wird — die Herren haben ja eine gute Anwartschaft darauf —, dann könnte ich mir vorstellen, daß ein solcher Herr gar der Überzeugung wäre, daß ein liberales Blatt wie das »Berliner Tageblatt« als staatsfeindlich anzusprechen sei. Auch der »Simplizissimus« muß ja wegen seiner angeblichen Unsittlichkeit von den Bahnhöfen ferngehalten werden. Ich mag nun eine berechtigte Satire viel lieber als die Unwahrheit, die unter frommem Augenaufschlag tagtäglich durch viele Blätter in das Land geht: diese Satire erscheint mir viel sittlicher als solche Revolverblätter, die das Publikum bedrohen.

(Sehr richtig! links.)

Ferner möchte ich erwähnen, daß die Leute, die auf den Bahnhöfen Zeitungen kaufen, doch erwachsene Männer und keine Kinder sind, daß sie wirklich nicht nötig haben, sich von Reichs-